

Kurz berichtet

Wohlfahrtsverbände fürchten Verlust von 3100 Heimplätzen

STUTT GART (epd/tja) - Die Zahl der Plätze in Pflegeheimen sinkt, und zwar um mindestens rund 3100. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Liga der freien Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg. In den Heimen sind ab September 2019 eigentlich nur noch Einzelzimmer erlaubt - dann greift die Landesheimbauverordnung. Doch die Umsetzung der Vorgaben ähnelt noch einem Flickenteppich, wie eine am Dienstag veröffentlichte Umfrage ergab.

Allein in den Kreisen Ravensburg, Biberach, Sigmaringen und Tuttlingen fallen bis Ende 2019 mehr als 300 Plätze weg, wie Recherchen der „Schwäbischen Zeitung“ ergaben.

Bislang entsprächen erst 20 Prozent der Einrichtungen der neuen Verordnung, heißt es seitens der Liga. An der Umfrage im Dezember

2018 beteiligten sich 971 stationäre Pflegeeinrichtungen, die insgesamt 70 Prozent aller Plätze im Südwesten stellen.

46 Heime (fünf Prozent) kündigten an, den Betrieb einzustellen. 48 Prozent (466 Heime) befinden sich noch im Abstimmungsprozess mit der Heimaufsicht - und bei rund sieben Prozent (70) beginne der Umbau dieses Jahr. Fast 35 Prozent (340 Heime) erhielten eine Verlängerung der Übergangsfrist oder seien ganz befreit.

Bereits jetzt sei absehbar, dass von rund 68 000 erfassten Heimplätzen etwa 14 Prozent (9750) abgebaut würden. Teilweise wollen die Träger das durch 6600 neue Plätze auffangen. „Aufgrund des weiter steigenden Bedarfs wird dies trotzdem zu noch größeren Versorgungsgaps führen als bereits bisher“, teilte die Liga mit.

Neue Bio-Musterregion im Landkreis Biberach

STUTT GART (lsw) - Mit weiteren sogenannten Bio-Musterregionen will die grün-schwarze Landesregierung den Ökolandbau im Südwesten vorantreiben. Zu den bereits vier ausgewiesenen Regionen kommen jetzt fünf neue Gebiete hinzu, teilten Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Agrarminister Peter Hauk (CDU) am Dienstag in Stuttgart mit. Eine der Musterregionen liegt im Landkreis Biberach. In den Bio-Musterregionen wird der Ökolandbau über ein Regionalmanagement besonders unterstützt. Dafür stehen pro Jahr bis zu 100 000 Euro pro Region bereit. Das Land begründete dies damit, dass immer mehr Menschen Wert auf regionale Bio-Lebensmittel legen.

Regierungspräsidium rügt Palmer für Handybilder

TÜBINGEN (lsw) - Im Streit mit einem Studenten hätte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) nach Ansicht des Regierungspräsidiums (RP) diesen nicht fotografieren dürfen. Palmer habe damit gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen, heißt es in einer Mitteilung der Behörde vom Dienstag. Palmer war im November mit einem Studenten aneinandergeraten, weil dieser ihn beschimpft und die Nachtruhe gestört haben soll. Im Verlauf der Auseinandersetzung zückte Palmer seinen Dienstausweis und machte Fotos mit dem Handy, um die Personalien des Mannes festzustellen. Das RP hat den Fall als zuständige Behörde geprüft, weil eine Zeugnisfachaufsichtsbeschwerde gegen Palmer eingereicht hatte.

Kutsche mit betrunkenen Fahrern kippt im Schnee um

HEIMENKIRCH (lsw) - Bei einer Kutschfahrt zweier betrunkenen Männer ist das Gefährt samt Pferd in den Schnee gekippt. Verletzt wurde bei dem Unfall niemand, wie die Polizei mitteilte. Passanten hatten das Tier am Montag am Straßenrand bei Heimenkirch (Landkreis Lindau) im Schnee liegend entdeckt und die Polizei gerufen. Den Beamten zufolge waren die Männer im Alter von 24 und 28 Jahren alkoholisiert. Das Pferd hatte sich schnell erholt. Gegen die Männer wird nun wegen Trunkenheit im Verkehr ermittelt.

Lebenslang für Polizistenmörder bestätigt

KARLSRUHE/NÜRNBERG (dpa) - Die lebenslange Freiheitsstrafe für den Reichsbürger von Georgensgmünd wegen Mordes an einem Polizisten bleibt bestehen. Wie der Bundesgerichtshof in Karlsruhe am Dienstag mitteilte, wurde die Revision des Angeklagten Wolfgang P. verworfen. Das Landgericht Nürnberg-Fürth habe die Tat rechtsfehlerfrei als Mord aus niedrigen Beweggründen gewertet und die dafür im Strafgesetzbuch angedrohte lebenslange Freiheitsstrafe verhängt. Wolfgang P. hatte bei dem Polizeieinsatz Mitte Oktober 2016 auf Beamte eines Spezialeinsatzkommandos geschossen und einen 32 Jahre alten Polizisten getötet.

Waldkauz aus Schornstein gerettet

SCHWÄBISCH GMÜND (lsw) - Einen Waldkauz hat ein Kaminfeger in Schwäbisch Gmünd aus einer misslichen Lage gerettet. Der Vogel steckte nach Angaben der Polizei vom Dienstag zwei Tage im Schornstein eines Wohnhauses fest. Eine Bewohnerin bemerkte Geräusche im Kamin und verständigte den Fachmann. Dieser befreite das Tier und informierte die Polizei, die den geschwächten und verletzten Waldkauz zu einem Falkner brachte.

AfD will nach Burladungen ausweichen

ULM (mö) - Die „Dialogveranstaltung über die Zukunft Deutschlands und unserer Partei“ der AfD-Gruppe des „Stuttgarter Aufrufs“, die nach bisherigen Plänen der AfD am kommenden Samstag in Ulm stattfinden sollte, könnte nach Burladungen (Zollernalb-Kreis) verlegt werden. Der Burladinger Bürgermeister Harry Ebert gehört der AfD an. Die Gemeindeverwaltung habe die Nutzung der Halle genehmigt, sagte der AfD-Kreisvorsitzende in Ulm und im Alb-Donau-Kreis, Eugen Ciresa, der „Schwäbischen Zeitung“. Ursprünglich wollte die AfD einen städtischen Raum in Ulm nutzen. Dies hatte die Stadt Ulm untersagt. Die AfD war mit einer Klage gegen die Absage gescheitert.

Reinigendes Gewitter in Stuttgart

Die Luft wird besser, Fahrverbote unwahrscheinlicher - Was das für Dieselfahrer heißt

Von Katja Korf

STUTT GART - Die Luft im Land wird sauberer, doch noch drohen in Stuttgart ab 2019 weitere Fahrverbote. Bei einem Krisentreffen haben sich Grüne und CDU am Dienstag erneut mit dem Thema befasst. Was vereinbart wurde - und was Stuttgart-Besucher beachten müssen:

• Wie haben sich die Schadstoffwerte entwickelt?

Feinstaub ist kein Problem mehr, anders als noch vor ein paar Jahren. Schwierigkeiten bereitet nach wie vor das Stickstoffdioxid. In 13 Städten liegen die Messergebnisse über den von der EU festgelegten Grenzwert, keine von ihnen liegt in der Region. Vor einem Jahr waren es noch 18 Orte. Größtes Problem bleibt Stuttgart, hier werden die Grenzwerte an sieben Messstationen zum Teil deutlich überschritten. Die deutschlandweit bekannte Messstelle am Stuttgarter Neckartor ist Spitzenreiter. Dort liegen die Stickstoffdioxid-Werte bei 71 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft und damit 31 Gramm über dem Grenzwert. Aber auch hier vermeldet das Landesamt für Umwelt Besserung. Seit Jahren misst das Verkehrsministerium dort an weiteren Punkten im Abstand von je zehn Metern. Bislang fielen die Ergebnisse aller Messpunkte nahezu identisch aus. 2018 aber ist das anders: An einigen Punkten betragen die Werte zwischen 51 und 62 Mikrogramm. „Sollte das so bleiben, fällt das eine hohe Ergebnis aus der Wertung“, sagte Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) am Dienstag. Damit wäre auch dort die Einhaltung der Grenzwerte zumindest in Sicht.

• Was bedeutet das jetzt? Wird es weitere Fahrverbote geben?

Die Frage lautet: Wie entwickeln sich die Messergebnisse bis Sommer 2019? Grüne und CDU haben verhandelt, dann zu entschieden, ob die bisher ergriffenen Maßnahmen wirken. Wenn nicht, sehen sie sich vom Bundesverwaltungsgericht zu Fahrverboten für Euro-5-Diesels gezwungen. Beide Parteien wollen diese aber unbedingt vermeiden. Und die Zeichen stehen nicht schlecht. Ersten sinken die Werte bereits, zweitens werden sich Mitte 2019 wohl auch die Auswirkungen der Fahrverbote für Euro-4-Diesels zeigen. Drittens wollen Grüne und CDU weitere



Hohe Stickstoffwerte, mit sinkender Tendenz: die Messstation am Neckartor in Stuttgart.

FOTO: DPA

Messstellen aufstellen. Die Idee: Wie in München sollen diese zeigen, dass die Luft nur an Hotspots sehr schlecht ist, an anderen Stellen der Stadt aber bereits innerhalb der Grenzwerte liegt. Davon erhofft man sich Zeit, um die Richter milde zu stimmen - bis auch an den übrigen Messstationen die Luft besser wird. Ob dieses Vorgehen im Zweifel vor Gericht sticht, ist aber offen.

• Warum war ein Krisentreffen zwischen Grünen und CDU nötig?

Der Druck auf die Regierungspartner wächst. Zum einen demonstrieren jeden Samstag zwischen 500 und 1200 Menschen gegen Fahrverbote. Intern fürchtet man, dass sich diese Proteste massiv ausweiten - und ein Sammelbecken für Unzufriedene werden, wenn weitere Verbote kommen. Die Debatte über die Verlässlichkeit der EU-Grenzwerte kommt hinzu. Die CDU hatte zuletzt bei ihrer Klausur im Kloster Schöntal gefordert, die Grenzwerte neu festzusetzen und bis dahin die Fahrverbote auszusetzen. Das wiederum wollten die Grünen nicht mittragen

und verweisen auf geltende Gerichtsurteile.

• Was unternimmt das Land?

Die Landesregierung hat bisher Fahrverbote für Euro-4-Diesels verhängt, die Tickets für Bus und Bahn zum Teil deutlich verbilligt. Sie versucht außerdem mit Plakaten und Kampagnen, Menschen zum freiwilligen Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr zu bewegen. Sie testet technische Verfahren wie Mooswände, intensive Straßenreinigung und neue Straßenbeläge, die Stickoxide mithilfe von Sonnenlicht in ungefährliche Stoffe umwandeln. Sie versucht, den Verkehr so zu lenken, dass möglichst wenig Stop-and-Go-Verkehr entsteht - dieser verursacht besonders viele Abgase. Autofahrer bekommen angezeigt, bei welchem Tempo sie eine grüne Welle haben. Außerdem will die Landesregierung eine Busspur am Neckartor entlang einrichten und hat bereits neue Expressbus-Linien gestartet. Insgesamt wollen Grüne und CDU 450 Millionen Euro für solche Maßnahmen ausgeben.

• Werden bestehende Messstellen und die EU-Grenzwerte überprüft?

Im Auftrag des Bundes und der EU geschieht dies gerade. Welche Konsequenzen die Ergebnisse fürs Land haben, muss sich zeigen.

Was müssen Stuttgart-Besucher beachten?

Wer einen Euro-5- oder Euro-6-Diesels fährt, kann wie gewohnt in die Stadt. Bei Kontrollen reicht es, den Fahrzeugschein vorzuzeigen. Dort steht, in welche Schadstoffklasse ein Auto fällt. Plaketten, um „sauberere“ Diesels zu kennzeichnen, gibt es bekanntlich nicht. Eine solche blaue Plakette lehnt die CDU im Bund ab. Begründung: Die Städte sollten zunächst nach anderen Lösungen als Verboten suchen. Aufpassen müssen Besitzer von Euro-4-Dieseln. Sie dürfen zur Messe und zum Flughafen, aber nicht in die Stadt. Künftig soll es möglich sein, in Park&Ride-Parkhäuser etwa in Degerloch zu gelangen - wenn man einen Fahrschein für den Nahverkehr Stuttgart gelöst hat. Wer ihn vorzeigen kann, kommt ohne die 80 Euro Bußgeld davon.

Auf den Schock folgt die Personaldebatte

Südwest-CDU sucht Weg aus dem Umfragetief - Landeschef Strobl unter Beschuss

Von Kara Ballarin

STUTT GART - Der Schock nach der Forsa-Umfrage sitzt: Am Montag hat das Meinungsforschungsinstitut der CDU im Südwesten miserable Werte attestiert. Nur 23 Prozent der befragten Bürger würden die Partei wählen, wenn jetzt Landtagswahl wäre. Die Grünen liegen zehn Punkte vor ihrem Regierungspartner. „Die Lage ist sehr ernst“, heißt es aus der Landtagsfraktion. Doch wie soll die Partei aus dem Tief herauskommen? Dazu gehen die Meinungen unter Parteiverantwortlichen auseinander. Ein Funktionär fordert schon den Rücktritt von Landeschef Thomas Strobl. Mehr als eine Stunde hat der CDU-Landesvorstand am Montag über die Umfragewerte gegrübelt. Der Wangener CDU-Landtagsabgeordnete Raimund Haser geht auf Facebook mit Forsa-Chef Manfred Güllner hart ins Gericht. „Sind Sie Marktforscher und damit unabhängig, oder nutzen Sie Ihr Unternehmen zur Bestätigung Ihres politischen Weltbildes?“, fragt Haser. Er ist nicht der einzige, der Zweifel an den Zahlen äußert. Umfragen anderer Institute seien verlässlicher.

Dennoch sorgen die Werte für Unbehagen bis Panik. „Das war ein Schockmoment“, sagt ein Mitglied des Landesvorstands. Manche suchen das Heil in einer neuen Führungsfigur. Ein Ergebnis: Landeschef und Innenminister Thomas Strobl würden lediglich fünf Prozent der Befragten ihre Stimme geben, wenn sie den Ministerpräsidenten direkt wählen könnten. Für Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne)



Thomas Strobl, Chef der Südwest-CDU.

FOTO: DPA

ne) entschieden sich 59 Prozent. Besonders heikel: 52 Prozent der CDU-Anhänger favorisieren Kretschmann - die Unterstützung für Strobl liegt unter ihnen bei 18 Prozent. Wirklich glücklich zeigt sich Kretschmann am Dienstag darüber nicht - weiß er doch, dass dadurch die Nervosität beim Koalitionspartner steigt. Aber: „Ich kann ja jetzt nicht Dummheiten begehen, damit meine Umfragewerte schlechter werden.“

Gegengewicht zu Kretschmann

„Ein weiter so geht nicht“, hat daraufhin Frank Schroft getwittert. Er ist Bürgermeister von Meßstetten im Zollernalbkreis und Mitglied im Bezirksvorstand der CDU Württemberg-Hohenzollern. Es brauche eine inhaltliche und personelle Erneuerung, damit die CDU im Land wieder führend werden könne. „Thomas Strobl steht dafür nicht“, erklärt er. Mit dieser Einschätzung ist er nicht allein. In der Partei schlagen dieser Tage Mails von Kreisvorsitzenden und Parlamentariern auf, die eine

Personaldebatte fordern. Gegen den übermächtigen Landesvater Kretschmann hätten nur eine Frau oder jemand Junges eine Chance. Die Namen, die fallen: Kultusministerin Susanne Eisenmann und Generalsekretär Manuel Hagel. Die Landtagswahl, die 2021 ansteht, kommt für Hagel allerdings zu früh. Er ist dann noch keine 35 Jahre alt - das müsste er laut Landesverfassung aber sein.

In der Partei gibt es Kritik an Strobls Vorhaben, noch vor den Kommunal- und Europawahlen im Mai den Vorstand neu wählen zu lassen. Philipp Bürkle, Landeschef der Jungen Union, hat für den Unmut kein Verständnis. „Der Landesvorstand war fast geschlossen dafür, die Vorstandswahlen auf den nächsten Parteitag zu legen“, sagt er. Wird Strobl als Landeschef bestätigt - und daran hegt keiner bislang Zweifel, schon aus Mangel an Bewerbern -, sei das noch keine Festlegung auf ihn als Spitzenkandidat für die Landtagswahl. Bürkle sagt aber: „Aus meiner Sicht hat er das Erstzugriffsrecht.“

Andere sehen in solchen Personaldebatten den Grund für die miserablen Werte. Die profilierte EU-Abgeordnete Inge Gräßle von der Ostalb sagt etwa: „Wenn wir nicht aufhören, dass jeder an einem anderem Strick zieht, dann kann man nur verlieren.“ Ein Mitglied des Landesvorstands sieht in den Angriffen auf Strobl ein „konstruiertes Problem“. „Die Personalfrage ist meiner Meinung nach der Grund, warum die Prozenze gerade runtergehen.“ Die Bürger hätten Streit satt. „Das interessiert keinen Menschen heute, wer in einem Jahr Spitzenkandidat wird.“

„Machtclique“ hinter Finanzskandal im Bistum Eichstätt

EICHSTÄTT (AFP) - Der Finanzskandal im bayerischen Bistum Eichstätt mit einem hohen Millionenschaden ist nach den Ergebnissen eines unabhängigen Gutachtens von einer „Machtclique“ innerhalb der Geistlichen verursacht worden. Es habe in der Vergangenheit massive „systemische Defizite“ in Eichstätt gegeben, erklärten die mit der Aufarbeitung des Skandals beauftragten Rechtsanwälte am Dienstag.

Die Ursache der Defizite sei ein „ausgeprägter Klerikalismus“, der auf die Erhaltung von Machtstrukturen einiger ranghoher Mitglieder des Domkapitels abzielte. Es könne von einem „System Eichstätt“ gesprochen werden, das teilweise sogar offenkundig kirchenrechtswidrig gewesen sei. Die Gutachter sprachen dabei von einer „Machtclique“.

Das Bistum hatte rund 60 Millionen Dollar aus seinem Vermögen für Immobilienspekulationen in den USA in Form von Darlehen eingestrichelt. Von dieser Summe wurden etwa sechs Millionen Dollar zurückgezahlt. Von den offenen 54 Millionen Dollar seien 44 Millionen Dollar bereits seit längerem fällig, ohne dass das Geld zurückgezahlt wurde.

Der Eichstätt Bischof Gregor Maria Hanke hatte 2015 eine Transparenzoffensive zu den Kirchenfinanzen gestartet, in deren Zuge der Skandal aufgedeckt wurde. Die von ihm beauftragten Prüfer hielten Hanke vor, nach seinem Amtsantritt 2013 die „gewachsenen inakzeptablen Strukturen“ allerdings zunächst nicht umfassend reformiert zu haben.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenau, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spangenberg, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller,
Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser

Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener;
Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo;
Beitragen/Wochenende: Dirk Uthenbruch;
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG,
Weingarten und Ulm

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 07151 / 2955-0; Telefax 07151 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 07151 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hüfer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 70 vom 11.2018. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokaltredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 07151 / 29 555 555
Telefax: 07151 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de